

Nach Urteil: «Wir geben jetzt Vollgas»

Das Bundesgericht entschied im Sinne der Bücklihof-Erben: So geht es mit dem umstrittenen Freienwiler Pferdezentrum weiter.

Claudia Laube

Die Realisierung des Pferdezentrums Bücklihof in Freienwil verzögert sich seit Jahren. Die IG Bücklihof, die hinter dem Projekt steht, hat einen langen und steinigen Weg hinter sich. 2013 erfolgte der Startschuss für das Pferde-Kompetenzzentrum mit den Schwerpunkten Veterinärmedizin, Zucht, Forschung und Lehre. Damals gab die Stimmbevölkerung der Nutzungsänderung zur «Spezialzone Bücklihof» grünes Licht. Neun Jahre später ist nun ein Urteil des Bundesgerichts und damit auch der «Gestaltungsplan Bücklihof 2017» rechtskräftig, der auf dieser Spezialzone basiert. Diesen hatte ein Anwohner mit den ihm möglichen Mitteln bis zuletzt bekämpft.

Nach einem für ihn negativen Entscheid des Aargauer Verwaltungsgerichts im Oktober 2020 zog er ans Bundesgericht weiter. Rund anderthalb Jahre musste die IG auf das Urteil der höchsten Instanz warten. Nun kann sie mit der Planung fortfahren: «Wir geben jetzt Vollgas», sagt Dominik Burger. Der Tiermediziner betreibt an der Universität Bern im Nationalgestüt in Avenches wissenschaftliche Forschung.

Er und sein Vater Cyrill sind die Köpfe der IG. «Die ganze Familie hat sich sehr darüber gefreut, dass das Bundesgericht in unserem Sinne entschieden hat», sagt Burger. Nun werde wieder alles hochgefahren und die Gespräche mit Investoren wieder aufgenommen. Solches sei nicht mehr möglich gewesen, «da wir ja keine Planungssicherheit hatten», so Burger.

Die Zeit ist knapp

Wenn die Finanzierung geklärt ist, solle so schnell wie möglich das Baugesuch folgen. Die Zeit ist knapp: Noch bis 2025 besteht die «Spezialzone Bücklihof», in



So würde sich das Pferdezentrum hinter dem Bücklihof ins Dorfbild einfügen (ganz oben rechts). Nur das Dach ist sichtbar.

Fotomontage: zvg

der festgehalten ist, dass wesentliche Teile des Pferdehofs innert sieben Jahren realisiert werden müssen. Ansonsten würden wieder die früheren Bestimmungen der Landwirtschaftszone gelten.

Es sei denn, die IG beantragt wiederum eine Fristverlängerung, wie sie dies bereits 2019 getan hatte. Dies wäre noch einmal möglich, aber nicht unbegrenzt, wie der damals zuständige Kreisplaner vom Departement Bau, Verkehr

und Umwelt BVU 2019 zur AZ sagte.

Geht es so weiter wie in den vergangenen Jahren, so wird voraussichtlich der Weg, bis das Pferdezentrum in Betrieb genommen werden kann, weiterhin holprig bleiben und höchstwahrscheinlich auch das Baugesuch bekämpft werden. Doch Burger gibt sich zuversichtlich: «Wir Burgers sind Optimisten», meint er und lacht.

Er ist überzeugt davon, dass die meisten Freienwilerinnen

und Freienwiler weiterhin hinter dem Projekt stehen: «Im Dorf gibt es viele Personen, die mit Pferden zu tun haben. Die hätten sicherlich Freude an diesem Zentrum», erklärt er. Auch die Gemeinde könne nur davon profitieren.

Nicht nur Widerstand führte zur Verzögerung

Die jahrelangen Verzögerungen sind aber nicht alleine dem Widerstand gegen das Pferdezentrum geschuldet. So wollte

die IG 2016 noch einmal die Nutzungsordnung anpassen lassen, um dem Projekt den Bereich Sportmedizin hinzuzufügen. Dies, weil neben dem zuerst als «einzigartiges Projekt in der Deutschschweiz» versprochenen Pferdezentrum zwischenzeitlich andere Zentren mit ähnlichem Zweck entstanden waren. Das Projekt wäre flächenmässig auch noch grösser geworden. Die «Neuaufgabe» sorgte jedoch für zehn Einwendungen. Die IG kehrte des-

halb wieder zum ursprünglichen Konzept der «Spezialzone Bücklihof» zurück.

Obwohl die Gegner monierten, dass das Pferdezentrum dennoch nicht mehr dem Projekt entspreche, dem die Bevölkerung 2013 zugestimmt hatte, gaben die Freienwiler Stimmberechtigten Ende September 2020 diesem an der Urne noch einmal ihren Segen, wenn auch nur knapp. 263 stimmten für die Fristverlängerung von fünf Jahren, 219 dagegen.

Städtli Baden verliert erneut

Handball Nach der 23:40-Heimniederlage im NLB-Spiel gegen Kreuzlingen kann sich der STV Baden gegen Gossau nicht rehabilitieren. Er verliert auch das Auswärtsspiel in der Ostschweiz, diesmal mit 29:33. Die Badener traten ersatzgeschwächt zum Nachtragsspiel an und mussten unter anderem erneut auf Kai Klampert verzichten. Sie fanden gut ins Spiel, konnten sich aber nie mit mehr als zwei Toren Vorsprung vom Gegner absetzen. Zur Pause stand es 17:17. Auch in der zweiten Halbzeit begegneten sich die Teams auf Augenhöhe. Fortitudo Gossau konnte in der 58. Minute seinen Vorsprung erstmals auf drei Tore ausbauen. Das war die Entscheidung. Trotz der klaren Leistungssteigerung verliert Städtli Baden erneut und rutscht in der Tabelle auf Platz 5 zurück. (az)

Schüler sollen das lokale Gewerbe kennen lernen

Wettingen Die Wettinger Mitte CVP wünscht sich, dass Schülerinnen und Schüler von Kindergarten- bis Oberstufe für das lokale Gewerbe sensibilisiert werden. Deshalb hat die Partei einen Vorstoss eingereicht, in dem sie den Gemeinderat darum bittet, abzuklären, inwiefern das umgesetzt werden könnte.

Wettingen verfüge über verschiedenste interessante Angebote in Gewerbe, Detailhandel, im Dienstleistungssektor oder in der Landwirtschaft. «Sie bieten ein breit gefächertes Angebot, welches in den Schulunterricht problemlos einbezogen werden kann», so die Mitte CVP im Vorstoss. Sie macht auch gleich konkrete Vorschläge, wie das aussehen könnte: Holz- oder Metallwerkstoff, aber auch handwerkliches Know-how könnte in einer

Werkstatt vor Ort abgeholt werden. Sportunterricht könnte in allen Arten von sport anbietenden Institutionen durchgeführt werden. Die Mitte CVP schlägt auch lokale Sportveranstaltungen wie zum Beispiel einen Tägigi-Triathlon vor, damit «Schülerinnen und Schüler Freude an der Bewegung und an einem aktiven Lebensstil entwickeln». In Projektwochen könnten sie zudem Einsicht in verschiedene Vereine sowie Institutionen und deren Tätigkeiten erhalten.

Die Mitte CVP ist überzeugt vom Image- und Marketingeffekt für alle Beteiligten und geht von nur geringen Start- und Folgekosten aus. Kinder und Jugendliche würden so von klein auf das Dorf Wettingen und dessen Vorzüge schätzen lernen. (az)

Baugebührenreglement ist rechtskräftig

Oberrohrdorf An der Einwohnerversammlung vom 1. Dezember haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Oberrohrdorf diskussionslos ein neues Baugebührenreglement beschlossen. Nach unbenützttem Ablauf der Referendumsfrist ist der Entscheid nun in Rechtskraft erwachsen, wie die Gemeindeverwaltung mitteilt. Dies bedeutet, dass das neue Gebührenreglement am 15. Januar 2022 in Kraft getreten ist. Gemäss Mitteilung werden alle Baugesuche, die per diesem Datum noch hängig waren oder noch immer sind, nach den neuen Vorschriften dieses Reglements beurteilt.

Wie die Gemeinde weiter schreibt, gelten damit für die Behandlung von Gesuchen unter anderem neue Gebühren.

So wurde beispielsweise für Bauvoranfragen und Vorentscheide neu ein Mindestansatz von 250 Franken eingeführt. Für bewilligte, abgelehnte oder zurückgezogene Baugesuche wurde der Mindestansatz von 120 auf 250 Franken erhöht. Geringfügige Bauvorhaben ohne öffentliche Planaufgabe kosten gemäss neuem Reglement neu 120 Franken pro Stunde – je nach Aufwand der Gemeinde – statt wie bis anhin pauschal 80 Franken. Entstehen in Folge Einreichung mangelhafter Baugesuche oder Planänderungen Mehrarbeiten, werden diese Kosten zusätzlich in Rechnung gestellt.

Das neue Baugebührenreglement ist nun auf der Website der Gemeinde Oberrohrdorf aufgeschaltet. (az)

Videoaufnahmen bei Sammelstelle

Remetschwil Im Rahmen der Behandlung des Kreditgeschäftes für eine neue Entsorgungsstelle «Im Goger» haben die Stimmberechtigten den Gemeinderat beauftragt, die Benützungsfrequenzen bei der heutigen Sammelstelle bei der Schulanlage zu erheben. Um zwischen Besuchern der Schule und Entsorgern unterscheiden zu können, seien während einer kurzen Dauer Videoaufnahmen unerlässlich, teilt der Gemeinderat mit. Vom 22. bis zum 28. Februar werde mittels Videoaufzeichnungen die Anzahl der Entsorger erfasst. Es würden weder Personen- noch Fahrzeugdaten erhoben und sämtliche Aufnahmen nach der Auswertung umgehend gelöscht. Gleichzeitig werde der Verkehr auf der Gemeindestrasse gezählt – ohne Videoaufnahmen. (az)